

## KGW's Rundschreiben

### Deutschland in Europa und der Welt

Was viele von der eigenen Familie kennen, haben wir z.Zt. in der Regierung, nämlich „dicke Luft“. Eine Expertenkommission (30 Personen) soll bis Ende März durchrechnen, wie Deutschland bis 2030 im Verkehrssektor seine **CO2-Emissionen** um 40% senken kann. Abgesehen davon, ob es in der kurzen Zeit möglich ist, wird die Zeche der Bundesbürger bezahlen. Die vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) 2018 beauftragten Experten (Boston Consulting Group) haben Mehrinvestitionen zur Zielerreichung (bis 2030) auf 250 Mrd. € errechnet. Nehmen wir nur einen Punkt dieser Studie – die Benzin- und Dieselpreise. Die müssten auf über 2,00 €/Liter steigen. Würde das so, hätten wir ähnliche Krawalle von „Gelbwesten“ wie z.Zt. in Frankreich. Kürzlich meldeten sich 100 Lungenfachärzte in den Medien und diskutierten darüber, ob europäische Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide in den Städten wissenschaftlich zu rechtfertigen seien. Das Ergebnis missfiel der Bundesumweltministerin Svenja Schulze, die das Ergebnis gleich zurückwies. Grüne wie Rebecca Harms und Cem Özdemir stimmten lautstark ein und beschimpften Bundesverkehrsminister Scheuer, der ihrer Meinung nach mit seiner Politik europäische Vorgaben über den Haufen wirft. Im Frühjahr will die Bundesregierung ein Klimaschutzgesetz vorlegen. Kern wird sein, die Emissionen bis 2030 deutlich zu senken und bis 2050 gegen Null zu fahren. Die einzelnen Maßnahmen werden mit Zumutungen und Bevormundungen für uns Bundesbürger verbunden sein. Fühlen sich Unternehmen und Privatpersonen übervorteilt, wird es zu Protesten kommen. Traditionell sind wir Deutsche nicht so revolutionsbegeistert wie die Franzosen. Wird es uns an den Geldbeutel oder die Mobilität gehen, könnte die Stimmung schnell umschlagen. Die „Gelbe Westen“- oder „Rote Schal“-Protestanten (Bewegungen) würden schnell auch bei uns Sympathisanten haben.

Der **deutsche Export** erzielte 2018 erneut einen Rekord. Das war es nach 8 Jahren, in denen es nur aufwärts ging. Wertmäßig flossen von den knapp 1.318 Mrd. € das meiste in die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Größter Einzelmarkt war die USA (113,5 Mrd. €). Wenn man allerdings die Weltkonjunktur, die angezettelten Handelskonflikte und den Brexit betrachtet, kann es mit dem Export nur abwärtsgehen. Mit dieser Situation werden die deutschen Exporteure (hoffen wir nur in 2019) zu leiden haben.

Kürzlich wurde ein Rettungsprogramm der **Nord/LB** beschlossen. Die Niedersächsische Landesbank trennte sich von den meist faulen Schiffskrediten (mit einem Wert über 7 Mrd. €). Erwerber: US-Finanzinvestor Cerberus. Für deutsche Reedereien (die Schuldner bei der Nord/LB sind) bedeutet das, dass der neue Gläubiger die fälligen Außenstände (die kurzfristig nicht bedient werden können) an Reedereien in China, USA, Griechenland oder sonst wo verkaufen. Es würden dann die entsprechenden Schiffe unter anderen Flaggen fahren. Deutschlands Frachterflotte, die 2011 weltweit ein Drittel aller Container transportierte (mit ca. 3.800 Schiffen) sackte aufgrund der Pleiten auf ca. 2.400 Schiffe. Der Umbau der Nord/LB schwächt Deutschland auf den internationalen Weltmeeren, obwohl gemäß Schätzungen die maritime Wirtschaft mit jährlich einer halben Milliarde € Subventionen über Wasser gehalten wird. Trotz dieser Stützungen sank die Zahl deutscher Seeleute unter 7.000. Für den deutschen Steuerzahler bedeutet das, jeder Arbeitsplatz auf See kostet ihn jährlich 70.000 € (die Kreditverluste der Landesbank nicht mitgerechnet).

Für unsere Regierung, angeführt durch Angela Merkel, war die Energieleitung (mit Durchführung durch die Ostsee) **Nord Stream 2** bisher kein politisches Projekt. Für die Kritiker war das insofern gefährlich, als sich Europa vom russischen Gas abhängig macht. Energieversorgung, so war deren Argument, sei immer eine Frage der Sicherheitspolitik. Polen, baltische Länder und in jüngster Zeit besonders die USA waren in dem Chor besonders laute Stimmen. Die EU legte strenge Wettbewerbsregeln auf: Wer Gas fördert und verkauft, darf nicht gleichzeitig die Pipeline betreiben. Künftig will Brüssel, dass diese Trennung auch für Leitungen aus Drittstaaten gilt. Eine Gefahr gilt für Gazprom, die sowohl Lieferant, als auch Betreiber sind. Bisher wurden von der 2.400 km langen Leitung schon ca. 600 km verlegt. Ende dieses Jahres soll der Bau abgeschlossen sein. Es ist nicht zu erwarten, dass das gesamte Unternehmen abgebrochen wird. Auf EU-Ebene gilt für die Zukunft eine schärfere Auflage: Zuständigkeit für Pipelines aus Drittstaaten bekommt das EU-Land, in dem die Leitung auf das europäische Netz trifft. Bei Nord Stream 2 ist das Deutschland. Für die deutsche Energiewende (Ausstieg aus Kohle und Kernkraft) ist Flüssiggas ex Russland die preisgünstigste Alternative. Für die Fördermengen Großbritanniens und der Niederlande sowie das teure Flüssiggas in Amerika ist scheinbar Nord Stream 2 die einzige Alternative für Deutschland. Auch wenn die Kritiker behaupten, dass Energie Macht verleiht und das Abhängigkeitsverhältnis Deutschlands zu Russland anprangern, so kann man entgegenhalten, dass es für Russland viel wichtiger ist, europäische Devisen zu bekommen. Vielleicht hätte sich Deutschlands Regierung früher überlegen sollen, dass Energiewende ein hochpolitisches Thema ist und kein ausschließlich wirtschaftliches.

Wenn die Finanzminister der **Eurozone** in der Vergangenheit tagten, galt Frankreich immer als fiskalischer Oberlehrer. Damit ist es vorbei, denn die Gelbwesten haben Emmanuel Macron zu einer milliardenteuren Kehrtwende für den sozialen Frieden in Frankreich gezwungen. In der Eurozone wird Frankreich als nächster Defizitsünder (gemäß dem Maastricht-Limit durfte seit 2007 das Haushaltsdefizit maximal 3% der Wirtschaftsleistung betragen) einen Antisparkurs fahren und sicherlich auch damit durchkommen. Es ist nicht zu erwarten, dass Brüssel unter Führung von Jean-Claude Juncker einen harten Kurs gegen Frankreich fahren wird. Was macht man in einer solchen Situation? Man engagiert sich mit der viertgrößten Volkswirtschaft Europas (Italien), die im Augenblick in einer Rezession steckt. Die Banca d' Italia hat bereits die Wachstumsprognose auf 0,6% prognostiziert. Aufgrund der Wahlversprechen hat Brüssel die ursprüngliche Neuverschuldung der Italiener auf ca. 2% gesenkt und das scheint nicht das Ende der Fahnenstange. Die teure Grundsicherung (sog. Bürgereinkommen und auch das frühe Renteneintrittsalter mit 62 Jahren – wenn mindestens 38 Beitragsjahre nachgewiesen werden –) werden die italienischen Staatsfinanzen belasten. Die ausufernde Staatsverschuldung, die schwache Konjunktur und die Banken (mit ihrer hohen Zahl an notleidenden Krediten) haben zu einem Unternehmensmisstrauen in die Politik und zu einer nachlassenden Binnennachfrage geführt. Diese allerdings hat nichts Besseres zu tun, als Wahlgeschenke zu verteilen. In einer solchen Situation bleiben die Investitionen, die das Land dringend braucht, aus. Dass das die Zahl der Populisten und Protestler stärkt, ist selbstverständlich.

In der EU-Politik gibt es niemanden für ein europäisches Umlenkmanöver. Somit ist zu erwarten, dass 2019 der Eurozone ein unerfreuliches Szenario bevorsteht. Denn neben Frankreich und Italien drohen auch Belgien, Slowenien, Portugal und Spanien den Stabilitätspakt zu verletzen.

Premierministerin Theresa May hat in Brüssel zwar erreicht, dass Michel Barnier und der britische **Brexit**-Minister David Davies in Kürze miteinander reden, aber als Ergebnis wird wohl lediglich eine

Fristverlängerung für den Austritt aus der EU herauskommen. Nach dem Austritt wird ein ungeordneter Brexit für Deutschland erhebliche Folgen haben. Nach einer Studie des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung und der Martin-Luther-Universität Halle drohen bei uns aufgrund der Einführung von Zöllen ca. 100.000 Arbeitsplätze verloren zu gehen. Exporte nach Großbritannien würden um ca. 25% einbrechen. Egal, wie der Brexit landet. Es fällt uns dabei das Lied ein, was Ilse Werner schon 1941 sang: „So wird's nie wieder sein.“

## Die Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Seit dem 24.3.2015 gibt es Zölle auf korrosionsbeständige Stähle aus China. Die EU-Kommission hat die zwischen ca. 17-30% verhängt und deshalb ist es wohl kaum einem deutschen Importeur möglich, kaltgewalzte Bleche und Bänder ex China nach Deutschland einzuführen. Bei der deutschen Stahlindustrie hat die EU-Kommission offene Türen eingelaufen und schützt diese zunächst bis Juli 2021. Die Sturmläufe des Industrieverbands Blechumformung (IBU) und der Fachvereinigung Kaltwalzwerke (FVK) verliefen bisher fruchtlos. Man sagt, dass nicht die Stahlhersteller zu schützen seien, sondern die Stahlverarbeiter. Die Sprecher der Verbände weisen darauf hin, dass durch diese Maßnahmen die Preise erheblich steigen könnten sowie Arbeitsplätze wegfallen. Da noch keine endgültige Klärung der Quartalsquoten vorliegt, bleibt nichts anderes übrig, als auf weitere **Safeguard-Beschlüsse der EU-Kommission** zu warten.

In unserer Information Januar 2019 schrieben wir darüber, dass eine Zusatznachfrage an Rohstoffen zu erwarten ist, wenn entsprechende Projekte in Deutschland realisiert werden. Bisher hat lediglich der chinesische Konzern CATL angekündigt, in diesem Jahr in Thüringen eine Batteriefabrik zu bauen. Das ruft das Bundeswirtschaftsministerium auf den Plan und fordert Interessenten bis 15. März auf, Projektskizzen vorzulegen. Minister Altmaier will dieses Projekt mit ca. einer Mrd. € fördern. Das Vorhaben wurde gleich mit einem urdeutschen Namen und gemeinsamen europäischen „Anstrich“ versehen, nämlich IPCEI (Important Project of Common European Interest). Der Standort einer entsprechenden Batteriefabrik muss allerdings in Deutschland sein. Da das Zukunftsmusik ist, sollte man zunächst mal den ersten Spatenstich in Erfurt abwarten, sodass bei entsprechendem Verlauf die erste Batteriezelle 2021 vom Band laufen kann.

Der Ausblick auf Beilegung der Handelsstreitigkeiten zwischen China und den USA haben den sensiblen **Nickel**preis (und damit auch die Legierungszuschläge bei nickellegierten Stählen) nach oben getrieben. Hinzukommt, dass der Minenkonzern Vale wahrscheinlich die Verantwortung des Dammbrochs in Brasilien übernehmen muss. Das könnte dazu führen, dass dieser Konzern Probleme der Nickelförderung mit Produktionskürzungen beantwortet. Wir glauben an eine weitere moderate Steigerung des Nickelpreises. Der **Molybdän**preis hat sich seit Mai 2018 kaum verändert. In naher Zukunft ist auch keine wesentliche Veränderung zu erwarten. Die Anwendung von **Chrom** in Batterien hat schon heute (wir hatten in der 2. Hälfte 2019 prognostiziert) zu einer Nachfragesteigerung geführt. Für australische und südafrikanische Hersteller scheinen die quartalsweise ausgehandelten Chromstahlpreise wieder lukrativ zu sein, sodass man neue Minen plant bzw. vorhandene ausbauen will.



### Legierungszuschläge Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2018		2018		2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	03/18	744	07/18	882	797	727	752	↑								
4301	01/18	1.548	07/18	1.977	1.529	1.474	1.621	↑								
4310	01/18	1.466	07/18	1.855	1.447	1.390	1.523	↑								
4310 Mo	01/18	1.554	07/18	1.977	1.593	1.526	1.654	↑								
4404	01/18	2.212	07/18	2.900	2.371	2.283	2.461	↑								

### Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2018		2018		2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019	2019
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	11/18	380	05/18	430	320	350										
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	03/17	870	04/17	1.230	940	1.050										
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	01/18	1420	04/18	1.690	1.420	1.500										

\*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

**Das KGW-Team**